

Zentralpräsident

Aufruf des PV

JA zur AHV-Zusatzfinanzierung!

Am 29. November stimmt die Schweiz über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV ab.

Im März 2024 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Initiative für eine 13. AHV-Rente angenommen. Die 13. Rente wird im Dezember 2026 erstmals an die rund 2,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Das kostet zu Beginn über 4 Milliarden und später über 5 Milliarden Franken. Davon muss der Bund gut einen Fünftel übernehmen. Der Rest ist zurzeit nicht finanziert. Bereits 2026 gibt die AHV mit der 13. Rente mehr aus, als sie einnimmt. Ohne zusätzliche Einnahmen wird das Defizit von Jahr zu Jahr grösser und die AHV gerät finanziell zunehmend in Schieflage.

Zur teilweisen Finanzierung dieser Rentenverbesserung, die die Gewerkschaften – auch der SEV – erkämpft hatten, möchte der Bundesrat die Mehrwertsteuer um 0,4% von 8,1% auf 8,5%. Namentlich die SVP und die FDP bekämpfen diese Erhöhung vehement.

Damit die 13. Rente langfristig gesichert ist, braucht die AHV eine solide Finanzierung.

Das ist wichtig – und das ist sozial ausgewogen. Denn die Dinge des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Medikamente und Gesundheitsleistungen sind von der Erhöhung ausgenommen. Der SGB hat es ausgerechnet: Bei einem mittleren Lohn fallen dabei monatliche Kosten von 5 – 10 Franken an. Dafür sichern wir die 13. AHV-Rente. Die MWST bezahlen zudem auch die ausländischen Touristen und helfen so mit bei der Finanzierung.

Und: Mittels Finanzierung via MWST beteiligen sich auch die Pensionierten an der Finanzierung; bei der Belastung via Lohnprozente wären es ausschliesslich die Aktiven, die bezahlen.

Die Gegner der Vorlage sagen offen, was sie stattdessen wollen: unsoziale Massnahmen wie ein höheres Rentenalter oder Kürzungen bei den Renten. Damit würde der historische Erfolg der Gewerkschaften wieder zunichte gemacht. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir bitten euch, an der Abstimmung teilzunehmen und JA zu stimmen!

Zentralvorstand SEV-PV